

Niederschrift über die öffentliche Sitzung

Nr. 4/2018

des Gemeinderates von Wartmannsroth am Donnerstag, den 19.04.2018
im Sitzungssaal in Wartmannsroth

Anwesend sind:

vom Gremium:

Erster Bürgermeister Jürgen Karle	(Vorsitzender)
Roland Brönnner	
Christian Kohlhepp	
Joachim Lutz	
Astrid Mützel	
Stefan Schottdorf	
Herbert Aul	ab TOP 3
Frank Diemer	
Lothar Haas	
Markus Kurz	
Hubert Roth	
Marcus Scholz	ab TOP 3
Gabriel Vogt	
Michael Zeller	

entschuldigt:

Sebastian Fella	(Urlaub)
-----------------	----------

von der Verwaltung:

anwesend:

Daniel Görke	(Schriftführer)
--------------	-----------------

Zu Beginn der Sitzung stellt der erste Bürgermeister fest, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die Beschlussfähigkeit ist damit gegeben. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Herbert Aul und Marcus Scholz lassen ausrichten, dass sie sich verspäten werden.

Bürgermeister Karle begrüßt neben den Gemeinderatsmitgliedern auch rund 30 Bürgerinnen und Bürger im Sitzungssaal.

1. Genehmigung des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 15.03.2018

Das Sitzungsprotokoll wurde dem Gemeinderat vorab zu Kenntnis gegeben.

Beschluss:

Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Inhalt des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 15.03.2018 und genehmigt dieses vollinhaltlich und vorbehaltlos.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen

einstimmig beschlossen

2. Bauanträge

2.a Antrag auf Genehmigung für die Errichtung von zwei Schleppgauben auf dem Wohnhaus, Grundstück FINr. 1255/21, Ludwig-Bischof-Straße 4, Wartmannsroth

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des gültigen Bebauungsplans „Stöckleshecke“, in einem Allgemeinen Wohngebiet. Die Erschließung ist gesichert. Öffentliche Belange stehen dem Bauvorhaben nicht entgegen. Für das Bauvorhaben ist eine Befreiung von der Festsetzung Nr. 6 des Bebauungsplans erforderlich, die die Errichtung von Dachgauben verbietet.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth erteilt sein Einvernehmen zum Antrag auf Genehmigung für die Errichtung von zwei Schleppgauben auf dem Wohnhaus, Grundstück FINr. 1255/21, Ludwig-Bischof-Straße 4, Wartmannsroth. Die hierfür notwendige Befreiung vom Bebauungsplan wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

2.b Antrag auf Errichtung einer Dachgaube auf dem bestehenden Wohnhaus auf dem Grundstück FINr. 11, Untere Dorfstraße 7 in Wartmannsroth

Das Bauvorhaben liegt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsbereichs in einer gemischten Baufläche. Die Erschließung ist gesichert. Öffentliche Belange stehen dem Bauvorhaben nicht entgegen.

Beschluss: Der Gemeinderat erteilt sein Einvernehmen zum Antrag auf Errichtung einer Dachgaube auf dem bestehenden Wohnhaus auf dem Grundstück FINr. 11, Untere Dorfstraße 7 in Wartmannsroth.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

2.c Antrag auf Genehmigung der Erweiterung einer bestehenden Lagerhalle auf dem Grundstück Flnr. 6, Poststraße 6, Schwärzelbach

Das Bauvorhaben liegt innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsbereichs in einer gemischten Baufläche. Die Erschließung ist gesichert. Öffentliche Belange stehen dem Bauvorhaben nicht entgegen.

Beschluss: Antrag auf Genehmigung der Erweiterung einer bestehenden Lagerhalle auf dem Grundstück Flnr. 6, Poststraße 6, Schwärzelbach

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

Ratsmitglied Christian Kohlhepp nahm wegen persönlicher Beteiligung nicht an der Abstimmung teil.

2.d **Antrag von Herrn Andreas Schenk auf Verlegung einer thermischen Leitung im öffentlichen Straßengrund (Poststraße)**

Mit Antrag vom 25.03.2018 beantragt Herr Schenk die Verlegung einer thermischen Leitung zwischen den Anwesen Poststraße 5 und 6 im öffentlichen Straßengrund. Die Leitung soll im Bohrverfahren in ca. 90 cm Tiefe eingebracht werden.

Beschluss: Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss eines Gestattungsvertrages mit Herrn Andreas Schenk über die Verlegung einer thermischen Leitung zwischen den Anwesen Poststraße 5 und 6 im öffentlichen Straßengrund zu.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

(19.45 Uhr Ratsmitglied Herbert Aul trifft ein)

3. **2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wartmannsroth zur Darstellung eines Sondergebietes mit Zweckbestimmung Photovoltaik; Vorstellung des Vorentwurfs zwecks Billigung durch den Gemeinderat und Beschlussfassung zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden**

Bei der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wartmannsroth sollen Ackerflächen nordöstlich des Ortsteils Völkersleier, die im benachteiligten Gebiet liegen, als Sonderbauflächen mit Zweckbestimmung „Photovoltaik“ dargestellt werden.

Das Vorhaben wurde am 29.06.2017 von dem Vorhabenträger der Energiebauern GmbH vorgestellt. Der Gemeinderat fasste am 27.07.2017 den Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Völkersleier“. Die Änderung des Flächennutzungsplanes wird im Parallelverfahren mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Völkersleier“ durchgeführt.

Der Vorhabenträger hat zwischenzeitlich die Unterlagen für die frühzeitige Beteiligung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB erstellt (Planzeichnung und Begründung mit Umweltbericht).

In der derzeit gültigen Fassung des Flächennutzungsplanes werden die Flächen als landwirtschaftliche Flächen dargestellt mit zu erhaltenden Einzelbäumen und Hecken/Feldhecken entlang der südlichen Grenze des Änderungsbereichs. In dem Vorentwurf der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes wird die Fläche als Sonderbaufläche im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO mit Zweckbestimmung „Photovoltaik“ dargestellt. Die Flächen entlang der nördlichen und südlichen Grenze des Geltungsbereiches werden als Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft verwendet und entsprechend dargestellt. Die bereits bestehenden Heckenstrukturen entlang der südlichen Grenze bleiben erhalten.

Auf Wunsch des Gemeinderates stellt der anwesende Geschäftsführer der Energiebauern GmbH Herr Sepp Bichler das Projekt nochmals in allen Details vor und beantwortet die Fragen der Ratsmitglieder:

- Mit den Eingrünungsmaßnahmen werde die Bayerische Landessiedlung beauftragt. In einer Bachelorarbeit über andere Projekte der Energiebauern GmbH sei die positive Entwicklung der Artenvielfalt in derartig angelegten Grüngürteln wissenschaftlich dargestellt worden.
- Der Abstand der Module zum angrenzenden Flurweg werde mindestens 8 m betragen.
- Die Erschließung sei über den Aspenbusch und den anschließenden Flurweg geplant.
- Die gesamte Fläche werde ganzjährig mit Schafen beweidet. Hierfür wird ein Pflegevertrag mit einem Schäfer abgeschlossen. Insofern sei die Fläche auch nicht der Landwirtschaft entzogen sondern werde weiterhin landwirtschaftlich genutzt und vom intensiv genutzten Ackerland in extensiv genutztes Grünland umgewandelt.
- Derzeitig gehe man von einem Einspeisepunkt zwischen Windheim und Diebach aus. Die Leitungen dorthin sollen im öffentlichen Grund verlegt werden, wofür selbstverständlich eine Entschädigung gezahlt werde. Dabei seien die Leitungen ausschließlich auf die aktuell beantragte Photovoltaikanlage abgestimmt. Weitere Anlagen seien derzeit nicht in Planung.
- Für den „Solarpark Völkersleier“ werde eine eigene Gesellschaft gegründet, deren Sitz in der Gemeinde Wartmannsroth liegt. Somit werde die Gewerbesteuer, die in der Regel nach 5-6 Jahren anfallt auch an die Gemeinde Wartmannsroth abgeführt. Weiterhin bestünde auch die

Möglichkeit einer Genossenschaft an der sich die Gemeinde oder auch die Bürger direkt beteiligen könnten. Man kalkuliere mit einer Rendite von 5 %.

- Die CO₂-Einsparung einer solchen Anlage beträgt während ihrer Gesamtlaufzeit 50.000 t.
- Brandgefahren werde durch die Beweidung Vorschub geleistet, da hierdurch brandgefährliches trockenes Gras vermieden werden soll. Außerdem werden die Kabel nicht im Boden sondern in ausreichender Höhe an der Unterseite der Module befestigt.
- Um die sichere Durchführung der Eingrünungsmaßnahmen zu garantieren sei man jederzeit bereit eine Bürgschaft zu hinterlegen.
- Gerne werde man im Rahmen einer Infoveranstaltung auch mit der Ortsbevölkerung diskutieren und sich weiteren, noch offenen Fragen stellen. Die anstehende Bürgerbeteiligung habe genau diesen Zweck.
- Die Gefahr von netzüberlastungsbedingten Abschaltungen kann nahezu ausgeschlossen werden. Dieses Problem trete in erster Linie bei den großen Windparks in Norddeutschland auf. Im vergangenen Jahr habe man deutschlandweit lediglich eine einzige Anlage für rund 5 Stunden abschalten müssen.

(20:10 Uhr Ratsmitglied Marcus Scholz trifft ein)

In der anschließenden Diskussion sehen ausschließlich die Ratsmitglieder aus Völkersleier die geplante Anlage kritisch. Hauptargument ist die Verschandelung der intakten Landschaft. Vom Bürgermeister wird kritisiert, dass es sich um eine Gefälligkeitsplanung für einen Investor handle. Vom Gemeinderat wäre niemand auf die Idee gekommen an dieser Stelle eine Fläche für Photovoltaik auszuweisen.

Der Rest des Gemeinderats sieht darin kein Problem. Im Laufe der Zeit auf Entwicklungen zu reagieren und eigene Planungen daran anzupassen sei schließlich Aufgabe des Gemeinderates. Für die allgemein angestrebte Energiewende sei es schlichtweg notwendig derartige Anlagen zu bauen und notfalls hierfür auch Abstriche hinsichtlich des Landschaftsbildes zu machen. Insgesamt sei das Konzept schlüssig und überzeugend. Das Angebot von Herrn Bichler, im Rahmen der Bürgerbeteiligung eine Infoveranstaltung vor Ort anzubieten, wolle man gern wahrnehmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat billigt den Vorentwurf der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wartmannsroth zur Darstellung einer Sonderbaufläche mit Zweckbestimmung „Photovoltaik“ mit Planzeichnung und Begründung mit Umweltbericht in der Fassung vom 19.04.2018 und beschließt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen

mehrheitlich beschlossen

**4. Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Solarpark Völkersleier";
Vorstellung des Vorentwurfs zwecks Billigung durch den Gemeinderat und Beschlussfassung zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden**

Das Vorhaben „Solarpark Völkersleier“ wurde am 29.06.2017 von dem Vorhabenträger der Energiebauern GmbH vorgestellt. Der Gemeinderat fasste am 27.07.2017 den Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Völkersleier“. Die Änderung des Flächennutzungsplanes wird im Parallelverfahren mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Völkersleier“ durchgeführt.

Der Vorhabenträger hat zwischenzeitlich die Unterlagen für die frühzeitige Beteiligung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB erstellt (Planzeichnung, textliche Festsetzungen, Begründung und Umweltbericht als Anlage zur Begründung jeweils in der Fassung vom 19.04.2018).

In dem Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes werden die Flächen als Sondergebiet mit Zweckbestimmung „Photovoltaik“ im Sinne des § 11 Abs. 2 BauNVO dargestellt. Innerhalb des Geltungsbereiches wird entlang der nördlichen Grenze eine ökologische Ausgleichsfläche ausgewiesen. Für eine gute und geeignete Eingliederung in die Landschaft ist die Pflanzung von lockeren 2-

reihigen Heckenstrukturen an den südlichen und westlichen Randbereichen des Solarparks vorgesehen. Zudem werden am Randbereich innerhalb des Geltungsbereiches Flächen für landschaftspflegerische Maßnahmen verwendet und entsprechend dargestellt.

Beschluss: Der Gemeinderat billigt den Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark Völkersleier“ mit Planzeichnung, textlichen Festsetzungen, Begründung und Umweltbericht als Anlage zur Begründung in der Fassung vom 19.04.2018 und beschließt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen

5. Ausbau der Ortsdurchfahrt in Wartmannsroth; Festlegung des Standortes für die zentrale ÖPNV-Bushaltestelle

In der Anliegerversammlung zum Ausbau der Ortsdurchfahrt Wartmannsroth am 19.03.2018 war der geplante Standort für die zentrale Bushaltestelle in Wartmannsroth ein wesentlicher Diskussionspunkt. Einige Anlieger äußerten Zweifel an der Eignung des Standortes. Vom Abteilungsleiter des Staatlichen Bauamtes Herrn Köhler wurde deshalb darum gebeten, die verschiedenen Standorte nochmals zu prüfen und die Vor- und Nachteile abzuwägen. Vom Büro Alka drei verschiedene Varianten erarbeitet und geprüft sowie Vor- und Nachteil dargestellt.

Vom Bürgermeister wird berichtet, dass er diesbezüglich noch weitere Gespräche mit den Ingenieuren geführt habe. Diese weisen darauf hin, dass weitere Umplanungen bezüglich der Haltestelle einen kostenpflichtigen Mehraufwand darstellen. Außerdem sei vom KOB vorgeschlagen worden neben einer offiziellen ÖPNV Bushaltestelle eine weitere Schulbushaltestelle einzurichten, so der Bürgermeister weiter. Diese müsste bis auf einen Kasseler Bordstein nicht weiter ausgebaut werden. Unterstellmöglichkeiten seien bei beiden Bushaltestellen nur einseitig notwendig und sie müssten auch nicht zwingend direkt gegenüber liegen. Aus diesem Grund schlägt er die Beibehaltung der Bushaltestelle im Bereich des alten Feuerwehrhauses vor. Da die geplante Haltestelle im Bereich des alten Rathauses dann aber zu nah an der Bushaltestelle Feuerwehrhaus wäre, solle die zweite Haltestelle irgendwo im Bereich zwischen der jetzigen Haltestelle am Rathaus und der Abzweigung nach Völkersleier untergebracht werden.

Der Gemeinderat schließt sich diesem Vorschlag an.

Beschluss: Der Gemeinderat spricht sich für eine zweite Haltestelle entlang der Ortsdurchfahrt aus. Das Ingenieurbüro Alka soll hierfür geeignete Vorschläge im Bereich des alten Feuerwehrhauses und im Bereich westlich der bestehenden Rathaus-Haltestelle ausarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

6. Ausbau eines Teilstücks der Ludwig-Koberstein-Straße von der Einmündung Reußenhainstraße bis zur Einmündung Schmiedegasse

Schon seit einigen Jahren wird der staubfreie Ausbau eines Teilstücks der Ludwig-Koberstein-Straße in Völkersleier von den Anwohnern gewünscht. Bei näherer Betrachtung könnte aber auch ein Komplettausbau des ersten Teilstücks in Betracht kommen. Der Ausbaubereich umfasst eine Strecke von 170 Metern. Angedacht wäre eine Verbreiterung der Fahrbahn und eventuell die Anlage eines Parkstreifens mit Rasengittersteinen.

Vom Gemeinderat wird ein Komplettausbau bevorzugt. Allerdings wird zu bedenken gegeben, dass die Maßnahme somit erschließungsbeitragspflichtig werden könnte, da die Straße bis dato noch nicht

als erstmalig hergestellt gelten wird. Dieser Sachverhalt sei zunächst noch von der Verwaltung zu klären. Danach könnte ggf. eine konkrete Planung mit Kostenschätzung in Angriff genommen werden.

Eine Beschlussfassung wird bis zur Klärung vertagt.

7. Sanierung der Gemeindeverbindungsstraße Neuwirtshaus - Hetzlos; Festlegung der Vorgehensweise und des Ausbaustandards

Im Haushalt 2018 wurden 10.000 Euro für die Behebung von Straßenschäden an der Gemeindeverbindungsstraße Neuwirtshaus – Hetzlos eingestellt. Bei näherer Betrachtung erscheint es jedoch sinnvoll die Strecke insgesamt zu sanieren. In welchem Umfang dies geschehen soll und in welchem zeitlichen Rahmen die Maßnahme durchgeführt werden soll, ist vom Gemeinderat festzulegen.

Die Maßnahme war zunächst für das Kernwegekonzept vorgesehen. Allerdings sind hier die Gemeindeverbindungsstraßen außen vor geblieben. Vom Gemeinderat wird vorgeschlagen zu prüfen, ob eine Abstufung der Straße möglich wäre, da ihr im Grunde nicht die Verkehrsbedeutung einer Gemeindeverbindungsstraße zukommt. Außerdem könnte man nicht über den Ausbau beschließen ohne eine ungefähre Kostenhöhe zu kennen.

Beschluss: Für den Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße Neuwirtshaus – Hetzlos ist zu prüfen, ob bei einer Abstufung zum Flurweg eine Förderung über das Kernwegekonzept möglich wäre.

In einem zweiten Schritt soll von einem Ingenieurbüro eine grobe Kostenschätzung erstellt werden. Dabei sollen verschiedene Ausbaustandards in Betracht gezogen werden.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

8. Auftragsvergabe für die Ausführung von Straßenunterhaltungsarbeiten im gesamten Gemeindegebiet

Für die Ausführung von Straßenunterhaltungsarbeiten wurden 5 Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert. Vier Firmen reichten ein Angebot ein. Wirtschaftlichster Bieter war die Firma Ullrich aus Elfershausen mit einem Angebotspreis von 35.592,31 Euro und lag rund 39 % unter dem Angebot des Nächstbietenden. Ein Unterangebot liegt nicht vor.

Beschluss: Den Auftrag für die Ausführung der jährlichen Straßenausbesserungsarbeiten erhält die Fa. Ullrich aus Elfershausen zum Angebotspreis von 35.592,31 Euro.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

9. Festlegung von Entschädigungssätzen für die Eintragung von Leitungsrechten

Die Entschädigungssätze für die Einbringung von Wasser- und Kanalleitungen wurden bisher nach Laufmetern berechnet und stammen noch aus DM-Zeiten. Eine Anpassung und Neuregelung ist deshalb angebracht.

Mittlerweile hat sich eine Berechnung etabliert, die den dauerhaft nutzungsbeschränkten Schutzstreifen als zu entschädigende Fläche zu Grunde legt. Vorlage ist eine Rahmenvereinbarung des VEBW

(Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft) mit dem BBV (Bayerischen Bauernverband). Aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags markieren die in der Rahmenvereinbarung vereinbarten Entschädigungssätze allerdings den absoluten Höchststrahmen.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt sich hinsichtlich der Entschädigung von Leitungsrechten an die zwischen dem VEBW und dem BBV geschlossen Rahmenvereinbarung anzulehnen und diese als Berechnungsgrundlage zu nutzen. Auf dieser Basis können Bürgermeister und Verwaltung die Entschädigungen für die Verlegung von Leitungen auf Privatgrund aushandeln.

Nur bei wesentlichen Abweichungen müssen im Gemeinderat behandelt werden.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

10. Verschiedenes

- Es folgen einige Informationen des Bürgermeisters:
 - Terminbekanntgaben
 - Die Gemeinde Wartmannsroth ist als einer von 100 Genussorten in Bayern gewählt. Das Bayerische Landwirtschaftsministerium hatte diesen Wettbewerb ausgeschrieben, um Ort an denen besondere Produkte hergestellt werden zu prämiieren. Die Gemeinde Wartmannsroth hat sich mit den Brennereien rund um den Brennerweg beworben aber auch die Hofkäserei Zeitz, Häusler's Direktvermarktung und das Romantikhotel Neumühle wurden als Betriebe mit besonderen regionalen Produkten herausgestellt. Nun erhält die Gemeinde von Staatsministerin Kaniber die Auszeichnung Genussort und kann fortan mit diesem Titel werben und seine touristischen Ambitionen damit weiter untermauern.
 - Von der Staatlichen Rechnungsprüfungsstelle wurden die Haushaltsjahre 2014 bis 2017 geprüft. Hierbei gab es keine Beanstandungen. Der Kämmerei und der Gemeindekasse wurde vorbildliche und einwandfreie Arbeit bescheinigt und auch dem Rechnungsprüfungsausschuss, insbesondere seinem Vorsitzenden, wurde ein Lob ausgesprochen. Einzig die Kostenunterdeckung im Bestattungswesen werde im Prüfbericht wieder angemahnt, wobei im Gespräche gleichzeitig eingeräumt wurde, dass die Situation hier nahezu ausweglos sei. Die Aktualisierung der Straßenreinigungsverordnung wird angeregt. Dies stand jedoch schon seit Längerem auf der Agenda der Geschäftsleitung und soll noch in diesem Jahr geschehen.
 - Außerdem gibt der Bürgermeister dem Gemeinderat ein Schreiben über einen „vorsorglichen Widerspruch“ zur geplanten Änderung des Bebauungsplans Hög zur Kenntnis. Er selbst sei hierüber sehr erstaunt weil weder er noch der Gemeinderat je über eine Änderung des Bebauungsplans gesprochen hätten. Sinn des von zwei Anliegerpaaren unterzeichneten Schreibens sei wohl die Verhinderung einer Tankstelle in der Nähe des Baugebietes. Hier könne er aber „Entwarnung“ geben, so der Bürgermeister, weiter. Aufgrund der Anti-Tankstellen-Berichterstattung in der Regionalpresse habe sich der mögliche Tankstellenbetreiber bereits gemeldet und von seinem Vorhaben Abstand genommen, da keine Ambitionen habe, sich mit Anwohnern herumzuärgern. Bürgermeister Karle äußert an dieser Stelle nochmals sein Unverständnis über die Entscheidung des Gemeinderats und die damit vertane Chance,
 - Eine anonyme Beschwerde über den Zustand einiger Holzplätze wird ebenfalls verlesen. Bürgermeister Karle erklärt, dass er diese zum Anlass nehmen wird, die Holzplätze wieder verstärkt durch Verwaltung und Bauhof kontrollieren zu lassen.
- Aus dem Gemeinderat wird die Frage gestellt, ob die vermehrten Geschwindigkeitskontrollen in Waizenbach „erfolgreich“ gewesen seien. Hierzu kann der Bürgermeister jedoch keine Auskunft

geben. Die Kontrollen seien ausdrücklicher Wunsch der Anwohner gewesen und diesen habe er an die Polizei weitergegeben.

- Im Gemeinderat macht man sich Gedanken darüber wie die Vielzahl von gemeindlichen Obstbäumen künftig besser gepflegt werden können. Es wird vorgeschlagen Patenschaften anzubieten. Jeder der möchte, solle sich um Obstbäume bewerben können. Für deren Pflege könne man dann das Obst ernten. Im Gemeindeboten soll ein entsprechender Aufruf gemacht werden.

Vorsitzender

Schriftführer

Ende der öffentlichen Sitzung. Die Punkte 11 - 15 werden nicht öffentlich behandelt.